

Siebente Sitzung – Septième séance**Mittwoch, 14. März 1984, Vormittag****Mercredi 14 mars 1984, matin**

8.00 h

Vorsitz – Présidence: M. Gautier

83.052

**Voranschlag der Eidgenossenschaft 1984
(150 Millionen)****Budget de la Confédération 1984
(150 millions)**

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 158 hiervoor – Voir page 158 ci-devant

Basler: Der Bundesrat hat uns ein Kürzungsprogramm vorgelegt, wie wir es erwarten mussten. Er hat eben dort Kürzungen vorgenommen, wo die Ausgaben nicht gebunden sind. Das ist im wesentlichen bei den baulichen Investitionen. Das widerspricht nicht nur der bundesrätlichen Auffassung, sondern auch der unseren. Wenn die Fraktion der SVP dennoch grossmehrheitlich diesem Kürzungspaket zustimmt, so deshalb, um dem Bundesrat zu zeigen, wie ernst wir es mit unserem Kampf um vergrösserte Budgetgestaltungsfreiheit meinen, damit wir endlich wieder zu einem ausgeglichenen Bundeshaushalt gelangen. Wir ersuchen den Bundesrat dringend, durch ein Subventionsgesetz die rechtlichen Schranken auszuräumen und Gesetze so zu ändern, dass – bei vorgegebenen Mitteln – die Voranschläge wieder mit Prioritäten versehen werden können, statt sie durch sachgezwungene Fortschreibung zu erstellen, wie das bis anhin der Fall war.

Das zentrale Problem – Herr Bundesrat – ist, dass die Konsumausgaben auf Kosten der Investitionen dauernd wachsen. Hier hat der Bund den Trend, also die Entwicklung zu korrigieren, nicht mit kurzfristigen Massnahmen diesen Sachverhalt zu verdecken. Wir sind daher gewillt, diese momentanen Investitionsabstriche anzunehmen, wenn das Signal genug ist, um künftig und langfristig Remedur zu schaffen. Das 1983er Programm zur Förderung der Beschäftigung beruht darauf, dass beschäftigungswirksame Massnahmen vorgezogen werden und dass die Mehrausgaben in den Folgejahren kompensiert würden. Eine 1984 erstellte Baute ist somit eine 1985 fehlende Investition. Damit treiben wir keine Kurskorrektur am sinkenden Investitionsanteil der Bundesausgaben.

Die budgetierten Ausgaben für bauliche Massnahmen haben noch vor zehn Jahren einen Drittel des Voranschlages der Eidgenossenschaft betragen. Sie sind indessen auf einen Sechstel gesunken. Diese investitionsfeindliche Entwicklung ändern wir eben nicht durch Vorziehen von Arbeiten oder gar – wie jetzt wieder durch die Minderheit vorgeschlagen – durch Vergrösserung der Defizite, wohl aber durch Gesetzesänderungen im Konsumbereich. In diesem Sinne haben Sie, Herr Bundesrat, das Ja der SVP zu diesem paradoxen Kündigungspaket zu deuten, von dem wir hoffen, dass es *in globo* angenommen werde.

Biel: Unsere Fraktion ist für Eintreten auf dieses Kürzungsprogramm. Nachdem wir gehört haben, was schon gestern alles dazu gesagt worden ist, komme ich noch einmal auf das Warum zurück. Warum ist es zu diesem Programm gekommen? Bereits sind wir in der neuen Legislaturpe-

riode. Wir haben noch keinen Finanzplan und keine Richtlinien diskutiert, aber mit dem Voranschlag, den wir letzten Dezember beschlossen haben, haben wir bereits einen wesentlichen Teil der kommenden Ausgaben präjudiziert. Es liegt doch eigentlich im Interesse von uns allen, auch von denjenigen, die an zahlreichen einzelnen Kürzungsanträgen keine Freude haben, die Liste durchzugehen. Auch ich finde in der Liste einige Positionen, die mir nicht gefallen, aber jedermann im Parlament müsste doch eigentlich ein Interesse haben, dass wir weitere Kürzungen vornehmen, damit wir Luft haben, um zu entscheiden, wie der Kurs in den nächsten Jahren gehen soll. Beim Budget haben wir erfahrungsgemäss einen ganz bescheidenen Spielraum, um eigenständig vorzugehen. Das war ja auch mit ein Grund, weshalb Kollege Leo Weber, wie es gestern richtig gesagt worden ist, den Antrag gestellt hat, weitere 150 Millionen zu kürzen. Ausschlaggebend ist also diese Überlegung, dass wir Zeit und die Möglichkeiten haben müssen, um den weiteren Gang der finanziellen Entwicklung mitzubestimmen. Das kann man natürlich nur, wenn wir nicht allzu viel präjudizieren. Das ist ein wesentliches Moment.

Es ist leider nicht möglich, in der Märzsession zumindest den Finanzplan zu behandeln, was eigentlich wünschbar gewesen wäre. Es wird also Sommer. Da haben wir für das laufende Jahr nichts mehr zu tun. Im Sommer wird bereits das Budget 1985 weitgehend festgelegt sein. Auch dort haben wir nicht mehr viel zu machen. Denken Sie bitte daran: Wenn wir jetzt noch einmal etwas kürzen, haben wir mehr Spielraum.

Es kommt ein Zweites hinzu: Möglicherweise sind einzelne Positionen dieser Liste, meistens sind es ganz kleine, leicht fragwürdig; aber im grossen und ganzen zeigt sich doch, wieviel Luft immer noch in diesem Budget drin war, sodass man ohne weiteres korrigieren konnte. Wenn Sie diese 150 Millionen auf die einzelnen Positionen umlegen, vor allem dort, wo es Investitionsvorhaben sind, ist das weniger als die statistische Schätzungsgenauigkeit, die man hat, wenn man ein Budget erstellt. Es kommt ja auf so viele Faktoren an, also ist es überhaupt kein Problem, diese Kürzungen hier vorzunehmen. Das müssen wir sehen.

Kommen wir aber neben dem grundsätzlichen zum finanzpolitischen Aspekt. Da kommt mir, wenn ich an unsere Finanzpolitik denke, ein Spruch in den Sinn, den ich gestern zufällig gelesen habe. Er trifft auf unsere Politik zu: «Auf das schlechte Gedächtnis ist kein Verlass – leider auch nicht auf die Vergesslichkeit!» Gestern haben wir erneut Mehrausgaben beschlossen – über den Antrag des Bundesrates hinaus. Machen Sie sich überhaupt Überlegungen, was bereits wieder in der «Pipeline» ist an zusätzlichen Ausgaben? Was wir hier einsparen, ist nämlich bereits wieder ausgegeben. Deshalb ist es doch nötig, dass wir diese Einsparung vornehmen. Ich denke daran, wieviel mit dem Nachtragskredit noch auf uns zukommen wird. Kurz: das Parlament ist sehr widersprüchlich. Aber nach dem gestrigen nationalrätlichen Entscheid müssen wir heute auf dieses Paket eintreten, um wenigstens zu versuchen, einen Teil von dem, was wir an Ausgaben mehr beschlossen haben, wieder hereinzubringen.

Allerdings ist auch der Bundesrat nicht unbedingt so konsequent, wie man jetzt glauben könnte, wenn ich daran denke, wie er mit leichter Hand wieder mehr als 30 Millionen für die Weinlagerung beschlossen hat – einfach so nebenbei –, obschon er sich doch hätte merken müssen, wie umstritten gewisse Positionen in dieser Hinsicht sind, nachdem im Nationalrat ein Antrag für Weinpropaganda mit nur einer Stimme Mehrheit durchgekommen ist. Auch der Bundesrat muss sich natürlich an der Nase nehmen und aufpassen, was er macht.

Unsere Fraktion empfiehlt Ihnen: Treten Sie auf dieses Paket ein. Es ist keine Allerweltsleistung, die hier vollbracht wird; aber es ist eine notwendige Massnahme, die uns hilft, weiterzukommen, und in dem Sinne akzeptieren wir auch, dass Positionen gestrichen werden, die wir vielleicht nicht streichen wollten. Im Interesse der Sache sollten wir darauf eintreten und zustimmen.

Oehen: Ich möchte zuerst im Namen unserer Fraktion den Kommissionsreferenten für ihre ausserordentlich klare Darstellung zu Beginn dieser Debatte danken. Eine derart klare Auflistung der Fakten ist für uns, die wir ja nach wie vor keine Möglichkeit haben, an der Kommissionsarbeit teilzunehmen, von doppelter Wichtigkeit. Ich danke auch der Kommission für ihren Antrag, dass über das Paket nur *in globo* abgestimmt werden soll. Wir glauben, dass es effektiv unmöglich wird, etwas Vernünftiges herauszubringen, wenn man jetzt noch Filigranarbeit am vorliegenden Entwurf machen würde. Der Entschluss unserer Fraktion ist also ganz klar. Wir werden diesem Paket zustimmen. Im Parlament ist unsere traditionelle Haltung gegen die Politik des Schuldenmachens in Zeiten, die man doch immerhin als normal und als gut betrachten darf, bekannt. Wir haben schon den Ausdruck gebracht – und ich wage es heute wieder, diesen zu gebrauchen –, dass wir eine Konkursiten-Politik betreiben, da wir ja bereits seit mehreren Jahren jährlich Schulden machen müssen lediglich, um die Schuldzinsen noch bezahlen zu können. Wir sind unglücklich, dass es allzuoft in unserem Parlament bei der Sanierung der Bundesfinanzen nur bei Lippenbekenntnissen geblieben ist. Soeben hat Herr Kollega Biel auf unsere gestrigen Beschlüsse hingewiesen, die im Grunde der Dinge wiederum eine Unterminierung des erklärten Willens des Parlamentes darstellen. Das Gleichgewicht des Budgets wird so in absehbarer Zeit nicht zu erreichen sein.

Ich habe in diesem Rate während zwölf Jahren ungezählte Male an Sie appelliert, mitzuhelfen, dass wir tatsächlich gesunde Bundesfinanzen erreichen können, weil wir die grössten Befürchtungen haben für die Zukunft. Die Aufgaben, die auf uns zukommen aus ökologischen Gründen, aus weltpolitischen Gründen, aus wirtschaftspolitischen Gründen, verlangen, dass wir uns finanziellen Spielraum verschaffen. Wenn wir diesen Spielraum nicht realisieren, werden wir eines nicht allzu fernen Tages hilflos den Problemen gegenüberstehen. Am 14. Dezember hat sich der neugewählte Rat – finden wir – zu einer mutigen Tat aufgegriffen und dem Bundesrat einen Auftrag erteilt. Wir beschlossen, das zu tun, was wir x-mal gesagt, aber nie gehalten haben, nämlich die Führungsaufgaben in finanzpolitischer Hinsicht dem Bundesrat zu übertragen. Der Bundesrat hat gegenüber massiven Kritiken in der Vergangenheit berechtigterweise oft gesagt: «Entweder überlassen Sie uns die Führung oder dann sagen Sie uns, wo wir kürzen sollen, in welchen Gebieten des Staatsbudgets wir Abstriche vornehmen sollen.» Man hat sich immer geweigert, dies zu tun, hat einfach immer wieder befohlen: «Bundesrat, Du musst ein besseres Budget vorlegen!»

Der Bundesrat hat nun seine Hausaufgabe, die wir ihm im Dezember mitgegeben haben, gelöst. Vielleicht nicht so, wie viele von uns sich das vorgestellt haben; aber die realistischere Erwartung hat er erfüllt. Jetzt scheint vielen der Mut abhanden gekommen zu sein, die Konsequenz zu ziehen. Natürlich, es ist sehr leicht, die heutige Vorlage zu kritisieren. Auch wir sind nicht über alle Punkte glücklich, und ich möchte zwei davon erwähnen. Wir sind nicht glücklich, dass wieder bei den Militärausgaben derart massiv zur Ader gelassen wird, wir sind nicht glücklich, dass die landwirtschaftliche Bevölkerung einmal mehr unverhältnismässig zur Kasse gebeten wird. Aber hier geht es um die Glaubwürdigkeit unseres Parlamentes und unseres Willens, die Bundesfinanzen besser ins Lot zu bringen. Wir können doch nicht dauernd – entschuldigen Sie den Vergleich – «Stägeliuf-Stägeliab-Politik» betreiben und heute sagen, wir wollen sparen, Bundesrat, bring uns eine vernünftige Vorlage, und morgen wieder das Gegenteil tun. Wir verlieren die Glaubwürdigkeit besonders auf finanzpolitischem Gebiet bei unserem Volk. Das kann nicht in unserem Interesse liegen. Wir bitten Sie deshalb, auch wenn Sie in einzelnen Punkten – genau wie wir – ein Unbehagen empfinden, der Vorlage, so wie sie der Bundesrat präsentiert hat, zuzustimmen.

Herr Biel hat es vorhin richtig gesagt: Behalten Sie die Proportionen. Schauen Sie nicht nur die Einzelzahlen an,

sondern vergleichen Sie die Zahlen mit den geplanten Ausgabensteigerungen unter den entsprechenden Positionen, und Sie werden sehen, dass Sie ohne allzu grosse Bauchschmerzen zum Ja sich bekennen dürfen.

Herczog: Im Namen der POCH/PSA/PdA-Fraktion bitte ich Sie, dem Ständerat und der Kommissionsminderheit zuzustimmen, d. h. Nichteintreten zu beschliessen.

Mit dieser Sparübung gehört nun die durchdachte und begründete Finanzpolitik und Budgetierung endgültig der Vergangenheit an. Gleichzeitig erleben wir hier ein sehr seltsames bürgerliches Sparrauerspiel. Die Bürgerlichen müssen jetzt plötzlich selber zugeben, dass so nicht politisiert werden kann, weil sie plötzlich die Konsequenzen ihres Handelns sehen. Nur müssen gerade jene, die jetzt da so die Hände werfen und sagen: «Das haben wir nicht gewollt!», nicht so tun, als ob nicht diese Sparübung gerade die Konsequenz ihrer bisherigen Spar- und Finanzpolitik wäre. Ich möchte Sie an die berühmten vier Dogmen erinnern, die Herr Oehen teilweise wiederholt hat und die wir permanent und seit Jahren vorwiegend von freisinniger und liberaler Seite immer wieder gehört haben.

Erstes Dogma: Die undifferenzierten Sparbefehle zum sogenannten «Ausgleich des Bundeshaushaltes».

Das zweite Dogma: Sozialabbau als sogenannte «Ausgabenstabilisierung».

Das dritte Dogma: Die permanente Verhinderung von Mehreinnahmen. Als letztes unruhliches Beispiel ist die Verhinderung und Ablehnung der Bankkundensteuer zu nennen. Das vierte Dogma: Die absolute Tabuisierung der horrenden Rüstungsausgaben – ich sage nicht Militärausgaben, sondern Rüstungsausgaben, damit Sie mich auch richtig verstehen.

Alle bisherigen Sparübungen seit 1975, d. h. seit acht Jahren, bauen auf diesen «Weniger-Sozialstaat-Prinzipien» auf. Seit 1975 – ich möchte Sie nochmals kurz daran erinnern – sind bekanntlich allein bei den Sozialleistungen über 5 Milliarden Franken abgebaut worden, den öffentlichen Verkehr und die Berufsbildung nicht eingerechnet. Das macht etwa einen Viertel eines jährlichen Bundesbudgets aus. Demgegenüber beschloss hier dieselbe Parlamentsmehrheit in der gleichen Periode beinahe 9 Milliarden Franken Ausgaben für Kriegsmaterial – wiederum unterstrichen: «Kriegsmaterial» und nicht Militärausgaben.

Der Artikel 2 im Budgetbeschluss des letzten Jahres – dieser Beschluss wurde ja hier von der bürgerlichen Ratsmehrheit durchgesetzt – ist nichts anderes als die formallogische Konsequenz der bisherigen einäugigen Sparpolitik. In den vorliegenden Kürzungsanträgen des Bundesrates zeigt sich nun allerdings, in welchem Ausmasse diese Sparpolitik in der Sackgasse gelandet ist und dass diese Sparpolitik praktisch zum reinen Selbstzweck geworden ist.

1. Die Streichungen hier sind – das haben auch bürgerliche Sprecher zum Ausdruck gebracht – unseriös und sozusagen aus dem Handgelenk heraus gemacht. Der Bundesrat sagt das praktisch selbst auf Seite 2 seines kurzen Berichtes: «Es geht hier leider nicht mehr darum, sinnvolle Kürzungen namhaft zu machen, sondern vielmehr um die Frage, wo überhaupt noch gekürzt werden kann.»

2. Diese Streichungen sind politisch einseitig, sie treffen die Entwicklungshilfe, sie treffen die Landwirtschaft, sie treffen den Umweltschutz, den Natur- und Heimatschutz und die Hochschulförderung. Und ich frage wiederum: Wo bleiben die Streichungen bei den Rüstungsausgaben?

Nicht wahr – Herr Feigenwinter – Sie haben gestern gesagt, unser Parlament mache sich lächerlich mit der Zickzackpolitik, die wir hier betreiben. Ich möchte sagen, das macht gar nicht mehr so viel aus, daran hat man sich nachgerade schon gewöhnt. Wo man sich aber lächerlich macht, ist, wenn man mit einem Kraftakt an die Presse gelangt und sagt: Wir wollen 150 Millionen Franken sparen. In der gleichen Zeitungsausgabe kann man dann aber lesen, dass 2,4 Milliarden für den neuen NATO-Panzer Leopard vorgesehen sind. Das ist natürlich für die Bevölkerung wirklich lächerlich.

3. Die Streichungen sind finanzpolitisch nicht relevant, darauf wurde bereits hingewiesen. Es sind lediglich verschobene Ausgaben, und sie werden als Sparmassnahmen gar nie zum Tragen kommen.

4. Diese Streichungen stehen diametral den hier beschlossenen Krediten zur Beschäftigungsförderung entgegen.

5. Die Streichungen stellen die Aufgabenerfüllung des Bundesrates in Frage. Auf Seite 2 der Vorlage schreibt der Bundesrat selber: «In wichtigen Bereichen wird die Aufgabenerfüllung beeinträchtigt.» Und er zitiert dann die gleichen Aufgaben, wie ich sie eigentlich zitieren möchte: in erster Linie die Entwicklungshilfe, aber nicht nur diese.

Zusammenfassend: Diese Streichungsanträge sind in ihrer Gesamtheit unannehmbar. Alle vorliegenden Detailanträge mögen zwar gut gemeint sein, sie nützen aber nichts, und sie sind im besten Fall Kosmetik. Dieses Gesamtpaket muss abgelehnt werden.

Ich bitte Sie, darauf nicht einzutreten. Und gleichzeitig muss dieses Nichteintreten auch bedeuten, dass man jetzt endlich, endlich dieser Wildwest-Sparpolitik von bürgerlicher Seite her Einhalt gebietet und sich einmal wieder ein bisschen überlegt, in welcher Richtung man Finanzpolitik betreiben möchte.

Ich bitte Sie, dem Nichteintretensantrag zuzustimmen.

Bremi: Die freisinnig-demokratische Fraktion stimmt dem Antrag des Bundesrates über die Budgetkürzung von 150 Millionen Franken zu. Die Zustimmung erfolgt vorab, weil wir den dadurch ausgelösten Effekt begrüßen.

Wir unterscheiden über einen Betrag von 0,8 Promille unseres schweizerischen Bruttosozialproduktes. Diese Verhältniszahl zeigt, dass wir damit keinerlei Einfluss auf unsere schweizerische Wirtschaftskonjunktur nehmen. Gemessen also an dem, was in diesem Land wirtschaftlich geschieht, haben diese 150 Millionen keine Auswirkungen. Ich sage dies, weil es wieder einmal Sprecher gab, die glauben, wir sässen hier und jetzt am «Armaturenbrett» der schweizerischen Konjunktur.

In einem Drittel eines Arbeitstages vollbringen die Schweizer eine Leistung, die etwa 150 Millionen Franken entspricht: Wir müssen aufpassen, dass wir hier nicht länger darüber sprechen, als es dauern würde, bis diese Leistung von 150 Millionen im Schweizerland erbracht wird. Andererseits aber tragen wir mit dem Entscheid spürbar bei, dass sich der Bund, für dessen Kasse wir hier verantwortlich sind, nicht zusätzlich verschuldet. Wir haben in den letzten sechs Jahren auf diesem Weg schon einiges erreicht, um aus der finanziellen Schuldenwirtschaft herauszukommen.

Wir sollten bald in der Lage sein, auch in diesem Rat wieder vermehrt über inspirierendere Dinge zu sprechen als über Geld! Aber hierfür braucht es konsequente Entscheide. Alle Parteien versprochen vor den Wahlen eine Gesundung der Kasse. Wir haben jetzt solche Versprechen einzuhalten. Wir hören natürlich die Stimmen, die uns vorwerfen, wir würden einen «finanzpolitischen Slalom» fahren. Herr Herczog hat das vorher gerade auch getan. Es besteht überhaupt kein Zweifel darüber, dass unsere Bürger heute noch der Ansicht sind, der Bund müsse endlich und aus eigener Kraft die Defizite beseitigen. Deshalb wird er diese Vorlage als konsequent betrachten. Dies im Gegensatz zu vielen Zusatzkrediten, die wir in den letzten Tagen und Wochen hier besprochen haben; diese wird er als unverständlich bezeichnen. Dieser Rat hat im Dezember beschlossen, das Ausgabenwachstum in diesem Umfang zu bremsen, und so ist es denn sicher nur konsequent, wenn wir es heute auch tun.

Auch wenn das ein Widerspruch zum Beschäftigungsprogramm ist, so braucht das deshalb nicht unbedingt gegen das Beschäftigungsprogramm zu sprechen. Es ist vielleicht auch ein Widerspruch zum Forschungsförderungs-Entscheid, den wir hier gestern getroffen haben. Aber falls wir endlich aus der Defizitwirtschaft herauskommen, dann können wir auch wieder eine Forschungsförderung betreiben, ohne die Mittel hiezu zuerst dieser Wirtschaft wegzunehmen, d. h. sie von der Wirtschaft – gegen Zins – zu borgen, um ihr nachher wieder zu helfen!

Im Dezember haben wir es ausdrücklich dem Bundesrat überlassen, die seiner Ansicht nach wichtigsten Anträge, richtigsten Anträge, zu stellen. Das hat er getan. Jeder von uns hätte diese Aufgabe anders gelöst. Die Finanzkommission wie auch unsere Fraktion vertreten aber die Auffassung, dass wir den Entscheid des Bundesrates integral akzeptieren sollten, weil wir ihn ja auch so integral gefordert haben. Den Betrag haben wir vorgegeben, die Einzelheiten kann der Bundesrat besser beurteilen.

Zum Inhalt nur zweierlei: Zum einen handelt es sich fast ausschliesslich nicht um Einsparungen, sondern um eine gewisse Reduktion des Wachstums. Das trifft auch für die Investitionen zu. Wir investieren nach diesem Budget immer noch mehr, als wir im Vorjahr investiert haben.

Zum zweiten handelt es sich bei einigen Positionen nicht um eigentliche Kürzungen, sondern vielmehr um Schätzungsänderungen oder um die Einsicht, dass vorher vorgesehene Projekte noch gar nicht ausgeführt werden können. Zum ersten Fall gehören Beiträge im Bereiche der Landwirtschaft. Zum zweiten Strassenführungsprojekte, deren Projektierung noch gar nicht abgeschlossen ist.

Die Finanzkommission hat dem Bundesrat in den vergangenen zwei Jahren eine grosse Zahl von Vorschlägen gemacht – hier darf ich vielleicht auch Herrn Oehen antworten –, wie und wo weitere Defizitreduktionen erwirkt werden können. Darüber sind auch Seminarien durchgeführt worden. Wir wissen nachgerade, wovon wir sprechen, wenn wir von überflüssigen Subventionen sprechen. Die Vorschläge liegen vor. Der Bundesrat hat in seinem Bericht aber zu Recht darauf hingewiesen, es sei ihm in den wenigen Wochen seit unserem Dezemberentscheid nicht möglich gewesen, die entsprechenden Gesetze zu ändern. Wir akzeptieren diese Argumentation selbstverständlich, bitten aber den Bundesrat, uns eine entsprechende Sammelvorlage so rechtzeitig vorzulegen, dass sie für das Budget 1985 wirksam werden kann. Die Vorschläge, die da sind, wurden vom Bundesrat anerkannt. Die Zeit für eine Veränderung dieser Gesetze auf das Jahr 1985 reicht. Wir bitten den Bundesrat, das auch zu tun.

Das bringt mich schliesslich zum letzten und wichtigsten Punkt, zur Methodik, mit der die Politik Budgets beeinflussen kann. Theoretisch liegt das Budgetrecht beim Parlament; praktisch aber sieht es etwas anders aus. Praktisch haben wir im Dezember gar keinen wirklichen Einfluss mehr. Wir haben zwar das Instrument der Finanzpläne eingeführt. Bei der entsprechenden Diskussion wird uns aber jedesmal vom Bundesrat dargelegt, dass diese unverbindlich seien und wir davon nur Kenntnis nehmen könnten. Und viel weniger als Kenntnis nehmen können wir ja tatsächlich kaum! Wir haben aus diesem Grund Seminarien, besonders in den Finanz- und Geschäftsprüfungskommissionen, durchgeführt, allerdings mit einem bisher auch etwas kleinen Effekt. Wir sind deshalb folgender Auffassung: Die Fraktionen und die Finanzkommissionen haben ihren Einfluss auf das Budget geltend zu machen, indem sie ihre Budgetvorstellungen im Frühjahr im wesentlichen formulieren. Hiefür stehen ihnen die Finanzpläne und die Perspektiven als Entscheidungsgrundlagen zur Verfügung. Diese Stellungnahme der Fraktionen und der Finanzkommissionen im Frühjahr erachte ich als die wichtigste Einflussnahme auf das Budget. Wir vermeiden damit, dass wir im Winter eigentlich nur noch zwei Optionen haben: entweder eine Feuerwehrrübung, wie wir sie jetzt vornehmen, oder dann gar nichts tun, sondern nur über das schlechte Budget jammern, was wir normalerweise tun. Wir werden diese Vorgabe für das nächste Budget in unserer Finanzkommission vornehmen. Die freisinnig-demokratische Fraktion wird ihre Budgetvorstellungen für das nächste Budgetjahr noch in diesem halben Jahr präsentieren. Wir wollen auch von unserer Fraktion aus dem Bundesrat nicht mehr vorwerfen, dass er unsere Vorstellungen und Aufträge nicht erfüllt hat, wenn wir diese gar nicht formuliert und ausgesprochen haben.

In diesem Sinne liegt es nicht nur am Bundesrat, sondern auch am Parlament und an den Fraktionen, die Führung

unserer Finanzen besser in die Hand zu nehmen. Als einen Schritt dazu betrachten wir dieses vorliegende Programm. Ich darf Sie im Namen unserer Fraktion bitten, darauf einzutreten und es gutzuheissen.

M. Frey-Neuchâtel: Nous sommes au début de la législature, au commencement de la période de planification financière et déjà le Parlement entre dans ses propres contradictions. Les volontés fortement affirmées en décembre s'estompent déjà et on s'apprête, par facilité, à manquer de rigueur. En décembre de l'année passée, le président de la Commission des finances, M. Hofmann, déclarait – et il avait raison – que les possibilités d'économies de la Confédération n'étaient pas épuisées, d'où l'opportunité et la nécessité de la diminution supplémentaire de 150 millions au budget. Le rapporteur de langue française, M. Bonnard, rappelait que la Commission des finances n'admettait pas que, la première année d'une législature qui s'annonce difficile, les dépenses prennent un rythme de croissance qui dépasse et celui des recettes et celui du produit national brut. Un effort d'économies supplémentaire de 150 millions était donc souhaitable. Il a été jugé indispensable par la majorité du Parlement. Quant au Conseil fédéral, il ne voulait pas de cet exercice complémentaire de compression des dépenses et, fidèle à lui-même, il n'a pas exécuté le mandat qui lui a été confié en décembre.

Le programme d'économies – nous devrions dire le programme (*sic*) d'économies (*sic*) – qui nous est proposé constitue une illusion. On rabote les investissements, les crédits de construction au moment où l'on examine le deuxième train de mesures destinées à relancer l'économie des cantons en difficulté, ce qui n'est ni logique ni cohérent. On réduit encore l'aide au développement, ce qui est contraire aux intérêts généraux de notre pays qui fait déjà très peu dans ce domaine. On se contente de reporter d'un an ou deux des dépenses, ce qui n'est ni sérieux ni propre à améliorer, à moyen terme, la situation budgétaire de la Confédération.

En décembre, une majorité claire de notre Parlement a demandé au Conseil fédéral un effort d'économies supplémentaire dans les dépenses courantes d'exploitation. Il s'agissait d'augmenter ainsi les possibilités d'investissement de la Confédération, sans aggraver son endettement ce qui, du point de vue conjoncturel et structurel, demeure opportun et nécessaire.

Aujourd'hui, cet objectif n'a pas été atteint. Les économies qui nous sont proposées ne sont pas des économies véritables. Je refuserai donc l'entrée en matière.

Bühler-Tschappina: Dieses Geschäft ist alles andere als erfreulich. Es bedeutet eine Hüst-und-Hott-Politik. In einer Session beschliessen wir Beschäftigungsprogramme, und in der nächsten kürzen wir praktisch wieder einen Teil davon. Eine solche Politik wird nirgends mehr verstanden. Diese inkonsequente Haltung des Parlamentes wäre allein schon Grund genug, nicht einzutreten.

Wenn man die gekürzten Positionen etwas näher betrachtet, sieht die Sache noch schlimmer aus. Allein im Bereich der Landwirtschaft soll ein Sechstel der Gesamtsumme eingespart werden, und zwar bei langfristigen Investitionen einerseits und bei direkt einkommenswirksamen Massnahmen andererseits.

Zur letzteren nur folgendes: Entweder bedeutet die Kürzung der 4,8 Millionen bei den Kostenbeiträgen einen direkten Lohnabbau für die Berglandwirtschaft, oder wenn dieser Betrag tatsächlich zu hoch budgetiert wurde, dann ist es gar keine Einsparung; denn bei dieser Position wird kein Franken mehr ausgegeben, als durch die Viehzählung ausgewiesen wird. Die Gewissheit, ob der Betrag richtig veranschlagt wurde oder nicht, werden wir erst nach der Viehzählung haben. Weil aber mit 100prozentiger Sicherheit feststeht, dass diese Position nicht einfach ausgeschöpft, sondern nur bis zur Limite beansprucht wird, bedeutet dieser Abstrich lediglich eine Papierübung, die nichts bringen kann oder bestenfalls eine Selbsttäuschung darstellt.

Die Positionen Bodenverbesserungen und Investitionskredite sind Massnahmen, die der Grundlagenverbesserung dienen und als langfristig wichtigste Massnahmen zu bezeichnen sind. Sie lösen ein drei- bis vierfach grösseres Bauvolumen aus. Diese Massnahmen sind seit etwa zwölf Jahren nie einer Bauteuerung angepasst worden, und darum lassen sich heute nur noch etwa 60 Prozent des ursprünglichen Bauvolumens realisieren. Nun wurde im Dezember eine teilweise Anpassung im Voranschlag für 1984 verwirklicht. Soll nun ein Teil davon wieder weggestrichen werden? Wenn immer wieder behauptet wird, das Baugewerbe sei überdimensioniert und müsse sich den veränderten Verhältnissen anpassen, so mag das gebietsweise zutreffen. Fest steht jedoch, dass gerade im Berggebiet bei den Grundlagenverbesserungen für die Landwirtschaft noch gewaltige Arbeitsreserven vorhanden wären – bei den Güterzusammenlegungen zum Beispiel etwa für 20 Jahre, bei den Hochbauten für 8 bis 10 Jahre. Wenn heute das Auftragsvolumen beim Baugewerbe in den Bergkantonen sehr ungünstig aussieht, so fehlt es keineswegs an Arbeit, sondern einzig und allein an der Bereitstellung der finanziellen Mittel.

Die uns hier vorgeschlagenen Kürzungen sind einseitig und unausgewogen. Die Landwirtschaft – und es betrifft insbesondere die Berglandwirtschaft – wird insgesamt wie erwähnt mit etwa einem Sechstel belastet. Wenn gerecht gekürzt worden wäre, so hätten alle Positionen etwas beitragen müssen, und zwar nur etwa 0,7 bis 0,8 Prozent. Zu einer solchen Kürzung wäre auch ich bereit gewesen. Dieser unausgewogenen Übung kann ich jedoch nicht zustimmen. Jetzt, nachdem wir für die Forschung offenbar Geld im Überfluss zur Verfügung haben, wäre es erst recht stossend, wenn auf dem Buckel einiger weniger eine Sparübung durchgezogen würde.

Ich bitte Sie, Nichteintreten zu beschliessen.

Schnider-Luzern: Trotz Verständnis für die Bundesfinanzen bin ich fest überzeugt davon, dass die vorgesehenen Kürzungen von 150 Millionen Franken fehl am Platze sind. Es wurde in letzter Zeit geredet und geschrieben von Zickzackpolitik, wenn man diesen Kürzungen nicht zustimme. Aber wirken wir denn beim Volk noch glaubwürdig, wenn Investitionen ausgebaut und im gleichen Zuge wieder gekürzt werden? Ich erachte es überhaupt als unverantwortlich, bei so wichtigen Investitionskrediten Kürzungen vorzunehmen, werden doch nicht zuletzt auch gute Beschäftigungsmöglichkeiten weggerissen.

Bei den landwirtschaftlichen Bauten ist der Nachholbedarf so gross, dass der gute Wille, der sonst vorhanden ist, nicht unterbrochen werden sollte. Wirtschaftliche Verbesserungen sollten nun heranwachsen können. Immer wieder sagt man, es handle sich bloss um kleine Verschiebungen. Dabei werden dringend notwendige Bauvorhaben gestoppt und die berühmten Wartezeiten werden automatisch verlängert. Es handelt sich hier um Kredite und Investitionen, die nicht unter den Hammer kommen sollen.

Ich bitte Sie, wie dies der Ständerat getan hat, auf die vorgesehenen Kürzungen nicht einzutreten.

Rüttlimann: Herr Bundesrat Friedrich hat uns gestern klar in Erinnerung gerufen, dass wir ja nicht nur als Kantons- und Gemeindevertreter, sondern auch noch als Bundesparlamentarier in diesem Hause tätig seien und dass wir Finanzpolitik nicht nur bei der Budgetberatung, sondern auch während des Jahres betreiben sollten. Konkret heisst dies, dass wir auch an die Sanierung der Bundesfinanzen während des Jahres denken müssen. Wir haben in der vergangenen Winter-session diesen Hasen aufgescheucht, diese 150 Millionen. Es ist also nicht der Hase des Ständerates, auch nicht der Hase des Bundesrates. Dieser hat uns getreulich eine Vorlage unterbreitet, wie es der Auftrag wollte. Hingegen ist er nur halbherzig dabei, das spürt man. Dieser Vorschlag ist auch etwas grobschlächtig, das ist zuzugeben. Man konnte auch feststellen, dass der Bundesrat nicht geneigt ist, dafür auf die Barrikaden zu steigen. Ich lasse

mich überraschen, wenn Herr Bundesrat Stich das trotzdem tut. Wenn ich sage «grobschlächtig», so ist auch von mir aus zuzugeben, wie dies meine beiden Vorredner getan haben, dass die sogenannte Opfersymmetrie nicht erreicht werden konnte. Bei den Investitionen zu kürzen statt bei den Konsumausgaben, wie wir das wollten, ist eigentlich nicht auftragsgerecht. Wir waren uns aber auch bewusst bei der Erteilung dieses Auftrages, dass es gar nicht möglich sein werde, im Laufe eines Vierteljahres Konsumausgaben zu kürzen, ohne Gesetzesänderungen vorzunehmen.

Wir sollten jetzt nicht Angst vor dem eigenen Mut bekommen und diese Übung wieder abblasen, die wir selber inszeniert haben. Wir haben dieses Kind in die Welt gesetzt, und wir sollten es jetzt auch grossziehen. Wenn wir gewillt sind, das zu tun, zweifle ich nicht daran, dass auch der Ständerat zustimmen wird. Ich habe mehr und mehr den Eindruck, dass zahlreiche Parlamentarier und zahlreiche Bürger in unserem Lande es gar nicht so ernst meinen mit dem Ausgleich des Bundeshaushaltes. Man spricht zwar ständig davon. Ich erinnere Sie an den vergangenen Herbst – dann zumal waren bekanntlich Wahlen im Lande –, als man im Chor gesungen hat: «Als erste Priorität müssen die Bundesfinanzen erst einmal ausgeglichen werden.» Heute sind nur noch die Mehrheit der Finanzkommission und einige Rufer in der Wüste dieser Auffassung. Ich bin der Meinung, dass wir auf die Vorlage eintreten und uns nicht selber untreu werden sollten. Über Details könnte man diskutieren. Ich wäre persönlich geneigt, zum Beispiel dem Antrag Nussbaumer zuzustimmen, weil die Landwirtschaft tatsächlich über Gebühr strapaziert wurde, auch die militärischen Bauten. Aber ich glaube, dass der Bundesrat die Bewegungsfreiheit und die Flexibilität hat, zum Beispiel nicht angefangene Bauten einstellen zu lassen oder hier wirklich nicht Härten eintreten zu lassen. Er hat die nötige Bewegungsfreiheit, wenn er das will.

Gesamthaft gesehen ist dies nur ein geringer Anteil am Bundesbudget, so dass es niemanden aus den Schuhen werfen wird, wenn wir diese Kürzung vornehmen. Die finanzpolitischen Bocksprünge, die wir gestern zum Beispiel wieder getan haben, lassen mich zweifeln daran, ob wir je einmal die Stunde erleben werden, die uns ein ausgeglichenes Budget beschert. Ich glaube also, dass auch diejenigen, die jetzt nicht durch Kürzung von Investitionen betroffen werden, bei den Konsumausgaben in Zukunft bereit sein müssen, ihren Obolus an den Bundeshaushalt zu entrichten. Wenn wir so weiterfahren, bin ich überzeugt, dass wir langfristig oder gar mittelfristig in die Reihe der überschuldeten Länder im Osten wie im Westen eintreten werden, die wir so gerne bemitleiden. Das wäre doch bedenklich für unsere Finanzpolitik, für unser Land mit seiner Stabilität.

Ich bitte Sie also, der prioritären Aufgabe, nun einmal endlich die Bundesfinanzen zu sanieren, zuzustimmen. Diese Kürzungsaufgabe wird Pilotwirkung haben. Es ist kein Pappenstiel, das ist zuzugeben. Aber ich glaube, es ist – wie man so gerne sagt – ein Schritt in die richtige Richtung. Ich beantrage deshalb Eintreten auf dieses Sparprogramm.

Bircher: Es geht keineswegs um die Frage, wie jetzt Herr Rüttimann sagt, ob wir Angst vor dem eigenen Mut hätten, sondern es geht doch einfach darum, zu beurteilen, ob die nun vorgeschlagenen Kürzungen sinnvoll sind oder nicht. Wir haben ja selbst in unserem Rat keinen konkreten Kürzungsauftrag erteilt. Wir haben uns nur global mit diesem Auftrag beschäftigt. Jetzt, wo die Kürzungen vorliegen und selbst der Bundesrat in seiner Botschaft davon spricht, dass es sich nicht mehr um sinnvolle Vorhaben handelt, da können wir doch selbst auch wieder weiser werden. Wir stehen mit diesem Paket ja ganz eindeutig in Widerspruch zur offiziellen Beschäftigungspolitik. Dort haben wir vom Bund aus Förderungsmassnahmen, neue Investitionen beschlossen, und jetzt wollen wir im genau gleich umschriebenen Bereich der Investitionen auf die Bremse treten.

Ich möchte Ihnen aber auch an einem einzelnen Beispiel zeigen, dass das Paket, je nachdem, welchen Posten man betrachtet, völlig unausgewogen ausgefallen ist. Es handelt

sich um den ohnehin bescheidenen Posten für Natur- und Heimatschutz sowie Landschaftspflege. Er ist heute im Budget 1984 mit ungefähr 7,4 Millionen Franken eingesetzt. Er soll mit diesem Paket um eine volle halbe Million gekürzt werden. Diese halbe Million macht 7 Prozent der Gesamtsumme aus. Wenn Sie nun das gesamte Paket betrachten (150 Millionen), sind das 0,8 Prozent des gesamten Budgetvolumens. Sie sehen an diesem Betrag für Natur-, Heimatschutz und Landschaftspflege, dass wir eine hier völlig überproportionale Kürzung vornehmen. Sie wissen alle, dass die Aufgaben des Landschaftsschutzes heute für uns lebenswichtig sind und dass dieser Posten für später anfallende soziale Kosteneinsparungen steht. Wir könnten Beeinträchtigungen der Landschaft und Verluste von Kulturgütern verhindern, wenn wir diese Summe sinnvoll einsetzen. Und wenn wir ja schon sinnvolle Sparübungen in diesem Bereich vornehmen möchten, dann könnten wir naturschädliche Bauvorhaben einschränken. Wir könnten zum Beispiel bei Ausgaben für unnötige Strassenbauten, für überrassene Gewässerverbauungen oder Flugplatzweiterungen kürzen. Wir könnten auf diese Vorhaben verzichten oder sie redimensionieren. Dann hätten wir echt eingespart und hätten auch landschaftsschützerisch für die Zukunft etwas erreicht.

Hier aber, beim Posten Naturschutz, geht es doch darum, heutige Schäden zu korrigieren oder neue Schäden verhindern zu helfen. Ich möchte Sie gerade bei diesem Ausgabenposten darauf aufmerksam machen, dass wir jede Ausgabe, nicht nur in dem für das Budget relevanten Jahr, betrachten dürfen, sondern wir müssen es über den Zeitraum mehrerer Jahre gewichten. Dann stellen wir fest, dass eben nicht jeder Betrag gleich wichtig oder gleich schlimm in seinen Auswirkungen ist. Hier werden Ausgaben und Aufgaben hinausgeschoben, die für eine spätere Zukunft und auch für unsere Nachwelt von grosser Bedeutung sind.

Diese Kürzungsübung – und da schliesse ich mich einem Teil der Vorredner an, ich habe es an einem Beispiel zu illustrieren versucht – ist eine Augenwischerei. Echt gespart wird hier bei den meisten Posten nicht, sondern es wird auf die Zukunft vertröstet. Wie sich beim Landschaftsschutz zeigt, werden sogar für die Zukunft Risiken eingegangen oder Schäden herbeigeführt. Ich glaube, das ist deutlich genug. Diese Gewichtung, die ja auch – ich wiederhole es – der Bundesrat selbst in seiner Botschaft vorgenommen hat, soll uns bedeuten, dass wir nicht eintreten auf dieses Geschäft.

Keller: Der Bundesrat hat den Auftrag, den wir ihm gestellt haben, sehr prompt erledigt. Allerdings verrieten die spontanen Reaktionen, dass die Einsparungen nicht in dem Sinne erfolgten, wie das eigentlich gemeint war. Man erwartete doch Einsparungen im Betrieb und beim Konsum. Der Bundesrat aber legt uns ein Sparpaket vor, das Einsparungen vor allem bei den Investitionen vorsieht.

Nun, die Mehrheit der Finanzkommission zeigt eine beachtliche Treue zu ihrem ursprünglichen Auftrag, obwohl dieser Auftrag sich im Grunde genommen als falsch erwiesen hat. Persönlich bin ich für Nichteintreten. Der erste Grund: Diese Kürzungen sind völlig willkürlich. Schon der Gesamtbetrag ist Willkür, und auch die einzelnen Positionen sind willkürlich. Wieso gerade diese, wieso denn nicht jene, wieso in dieser Höhe? – das sind alles Fragen, die nicht beantwortet werden. Und auch der Bundesrat hat in seinem Bericht die Begründungen gar nicht erst mitgeliefert. Auch die Finanzkommission konnte keine Gründe finden. Sie hat sie gar nicht gesucht. Deshalb ist es an sich richtig – wenn man schon darauf eintritt –, dass man dieses Paket von 150 Millionen Franken gesamthaft beschliesst. Denn einzelnes herauszunehmen, würde gerade diese Willkür noch mehr verstärken.

Zweitens: Diese Kürzungen sind praktisch ausschliesslich im Investitionsbereich vorgenommen worden und setzen damit in einer Zeit, die wirtschaftlich mit Schwierigkeiten kämpft, ein falsches Zeichen.

Der dritte Grund – er wurde hier mehrmals erwähnt – ist der offensichtliche Widerspruch zum Beschäftigungsprogramm, man kann das nicht genug betonen. Dieser Widerspruch kann natürlich von jenen etwas leichter getragen werden, denen das Beschäftigungsprogramm immer ein Dorn im Auge war und die hier im nachhinein eine gewisse Korrektur glauben vornehmen zu können. Die Mehrheit der CVP ist gesamthaft für Nichteintreten, und diese Mehrheit ist nicht, wie es der etwas vergräme finanzpolitische Sprecher unserer Fraktion sagte, eine schwache Mehrheit, sondern eine einsichtige.

M. Salvioni: Il ne s'agit pas d'une épargne, comme l'avait désiré le Conseil national au mois de décembre. En effet, le Conseil national avait pensé à une réduction des dépenses, qui aurait été la prémisse à des économies répétées au cours des prochaines années. Le Conseil fédéral nous propose tout simplement une diminution des investissements, c'est-à-dire un acte qui ne se répétera pas à l'avenir et qui ne constituera pas une amélioration durable du budget de la Confédération. Une réduction des investissements est discutable à divers points de vue. Si ces investissements, qui étaient prévus dans le budget de la Confédération, sont nécessaires et urgents, il n'est pas raisonnable d'y renoncer. Ne pas effectuer les travaux nécessaires signifie tout simplement les exécuter plus tard avec des dépenses supérieures. Dans certains cas – je pense aux travaux de canalisation – cela signifie également s'exposer au risque d'assumer des dépenses bien supérieures si des travaux en cours ne sont pas poursuivis et sont exposés à des dommages dus aux alluvions.

Si ces investissements n'étaient pas nécessaires et urgents, il aurait été raisonnable d'y renoncer. Dans cette situation, on pourrait se demander pour quelle raison le Conseil fédéral les a inscrits au budget. Toutefois, tel n'est pas le cas. Par conséquent, le retard entraînera une augmentation de coût supérieure aux intérêts que l'on désire éviter.

Par ailleurs, tout le programme des investissements de la Confédération sera retardé, car il est impensable de le rattraper sur une seule année. La prétendue épargne est d'autant plus discutable qu'il ne s'agit pas, comme le désirait le Parlement, de dépenses courantes d'exploitation qui ne sont pas concernées par cette proposition, mais de dépenses d'investissement. Il ne nous est même pas donné de savoir avec exactitude si une réduction dans les investissements est nécessaire et opportune. Pour ce faire, il faudrait disposer d'un compte d'exploitation ne comprenant pas les investissements, ce qui n'existe pas. Ce n'est que dans ces conditions que l'on pourrait savoir si un déficit existe dans l'exercice courant et si les investissements sont excessifs. On a parlé de 0,8 pour cent des dépenses totales de la Confédération, mais ce taux n'a aucune signification. Il faudrait examiner le rapport entre l'épargne que l'on nous propose dans les investissements et le total de ceux-ci prévus pour 1984.

En outre, cette réduction n'est pas opportune, car les investissements jouent un rôle important dans la relance économique. Les renvois proposés vont à l'encontre de la politique générale de relance économique du Conseil fédéral. Le total des œuvres qui ne seront pas exécutées représente un montant bien supérieur aux 150 millions, car il faut calculer avec un effet multiplicateur. Comme il s'agit de subventions et de subsides, on peut admettre que la globalité des travaux, qui ne seront pas exécutés, se chiffrera aux environs de 600 à 800 millions. Or, ce montant est très important et a donc une signification dans la relance économique. Une diminution des travaux de construction de cet ordre pourrait avoir des effets sur l'évolution de l'économie interne. Finalement, cette mesure d'épargne ne constitue pas un acte qui puisse influencer d'une manière positive l'évolution des comptes de la Confédération et, surtout, qui puisse contribuer à diminuer les dépenses courantes dans les années à venir.

Je suis contre l'entrée en matière.

Lüchinger: Ich möchte mich mit dem Argument auseinandersetzen, dass die Zustimmung zu dieser Vorlage im Widerspruch zum Beschäftigungsprogramm stehe und dass wir uns damit in einer Zickzackpolitik bewegen würden.

Rund die Hälfte dieser 150 Millionen Franken Einsparung entfällt auf Bauinvestitionen. Ich habe beruflich mit der Bauwirtschaft zu tun, und wenn es nach Herrn Hans Tschäni ginge, müsste ich aus meinem beruflichen Interesse heraus gegen diese Sparmassnahme stimmen – würde man meinen. Für mich geht allerdings mein finanzpolitisches Credo vor. Ich bin aber gleichzeitig auch der Meinung, dass es im Interesse der Bauwirtschaft ist, wenn wir dieser Vorlage zustimmen.

Für die Bauwirtschaft ist nämlich eine gewisse Konstanz der Auftragslage entscheidend. Wir müssen verhindern, dass es Höhen und Tiefen im Auftragsvolumen gibt. Das Bundesamt für Konjunkturfragen hat in diesem Zusammenhang das Postulat der Verstetigung der öffentlichen Bauaufwendungen aufgestellt. In einer Broschüre vom Jahre 1979 (damals hat man das Gesamtbauprogramm aller öffentlichen und privaten Bauten zusammengestellt) sagte das Bundesamt für Konjunkturfragen zu diesem Postulat der Verstetigung folgendes: «Unter Verstetigung ist nicht eine Konstanz der öffentlichen Baunachfrage, sondern vielmehr die auf einen mittelfristigen Trend ausgerichtete Entwicklung innerhalb einer gewissen Bandbreite zu verstehen. Die jährlichen Schwankungen der Investitionsausgaben sollten bestimmte Schwellenwerte nicht überschreiten.»

Den Schwellenwert nimmt man mit plus oder minus 4 bis 5 Prozent an. Die Bauwirtschaft unterstützt dieses Postulat der Verstetigung der Bauausgaben.

Nun möchte ich Ihnen die Zahlen der Bauausgaben in diesem Jahr bekanntgeben und sie mit den Zahlen des letzten Jahres vergleichen. Auf Seite 135 der Budgetbotschaft dieses Jahres finden Sie eine Zusammenstellung aller öffentlichen Bauausgaben unter Einschluss von SBB, PTT usw. Daraus geht folgendes hervor: Im Voranschlag 1983 hatten wir totale Bauausgaben von 3,3 Milliarden Franken, und im Jahre 1984 haben wir budgetierte öffentliche Bauausgaben von 3,9 Milliarden Franken. Das entspricht einer Zunahme der öffentlichen Bauausgaben des Bundes um 18 Prozent. Das ist also eigentlich eine positive Verletzung des Postulates der Verstetigung. 4 Prozent wären annehmbar.

Wenn wir nun die 150 Millionen Franken sparen, so haben wir immer noch eine Zunahme der Bauausgaben um 16 Prozent. Ich bin der Meinung, dass eine vernünftige Beschäftigungspolitik nicht kurzfristig disponieren soll. Man muss auch an das Jahr 1985 denken. Es wäre konjunkturell viel schädlicher, wenn wir jetzt zusätzliches Geld ausgeben, dann aber im Jahre 1985 plötzlich ein grosses Absinken der Bauausgaben hätten.

Auf die Verstetigung kommt es in der Beschäftigungspolitik an, und deshalb können Sie – unter Berücksichtigung des Momentes der Beschäftigung – diesen Sparmassnahmen ohne weiteres zustimmen!

Eggl-Winterthur: Wenn ich dieser Diskussion zuhöre, dann muss ich mir einfach Fragen stellen, die ich jetzt auch in den Raum stellen möchte.

Gestern hat Herr Feigenwinter darauf hingewiesen, dass die Wirtschaft in einem Aufschwung sei und es unserer Wirtschaft wieder besser gehe. Im Grunde genommen, im Durchschnitt gesehen, ist das sicher nicht zu bestreiten. Festzustellen ist aber, dass – obwohl es den Firmen besser geht – die Zahl der Arbeitslosen in unserem Lande zunimmt. Es ist auch leicht erklärlich, warum das so ist: Die Rationalisierung in den Betrieben, die erfolgen muss, damit sie konkurrenzfähig bleiben, setzt Arbeitskräfte frei, und wir haben alle Anstrengungen zu unternehmen, um diese Arbeitskräfte zu beschäftigen.

Eine gegenteilige Entwicklung ist allerdings in der Maschinenindustrie festzustellen, die aber auch noch an Strukturproblemen leidet. Darauf möchte ich jetzt nicht eingehen. Aber, um mit Herrn Lüchinger zu sprechen – wir haben das Pech, immer hintereinander zu sprechen –, möchte ich

einfach feststellen, dass auch das Baugewerbe im Laufe dieses Jahres schlimmen Zeiten entgegengeht. Wenn ich die Entwicklung bei den Baubewilligungen betrachte, stelle ich fest, dass Baubewilligungen zwar erteilt werden, dass aber mit dem Wohnungsbau, der in der jetzigen Zeit für die Beschäftigung im Baugewerbe massgebend ist, zurückgehalten wird; d. h. der Bau wird nicht begonnen.

Die Zunahme von 18 Prozent seit 1979, von der Herr Lüchinger sprach, belegt doch einfach, dass die Teuerung auch vor dem Baugewerbe nicht haltgemacht hat und entsprechend gestiegen ist. Man kann das nicht einfach mit Frankenzahlen bestätigen.

Es wurde hier sehr viel von den Wahlen gesprochen. Vor einem Jahr haben wir im Vorfeld der Wahlen ein Beschäftigungsprogramm beschlossen. Es gab fast keine Stimmen dagegen, weil man Angst hatte, die Arbeitslosigkeit könnte vor den Wahlen steigen.

Heute wird davon gesprochen, dass die Wirtschaft einen Aufschwung erlebe. Trotzdem nimmt die Zahl der Arbeitslosen zu, und was wir jetzt machen, läuft dem Arbeitsbeschaffungsprogramm völlig zuwider, das wir dieses Jahr ja noch durchziehen: Auf der einen Seite geben wir also Geld für die Arbeitsbeschaffung aus, und auf der anderen Seite nehmen wir das Geld für die Arbeitsbeschaffung wieder weg. Das wird das Volk auch nicht verstehen; es wird über das Parlament den Kopf schütteln und feststellen, dass wir unglaublich werden. Aber letztes Jahr war ja eine Vorwahlzeit, und bis in drei Jahren hat das Volk das vergessen!

Worum geht es? Es geht um 150 Millionen, die zu über 50 Prozent sofort beschäftigungswirksam wären. Gestern stimmte die Mehrheit des Rates zusätzlichen 110 Millionen Franken für die Forschung in unserem Land zu. Diese 110 Millionen waren im Finanzplan nicht vorgesehen. Hier war das Parlament, wenn man das so betrachtet, inkonsequent. Was man aber damit gemacht hat, ist zweierlei: Auf der einen Seite ist das eine Arbeitsbeschaffung für Professoren, Assistenten und Tutoren. Ich habe nichts dagegen, dass sie eine Arbeit erhalten, aber mit diesen 110 Millionen beschäftigt man diese nicht nur, sondern man sichert auch noch den Nebenverdienst der Professoren. Auf der anderen Seite will man nun um diese 150 Millionen Franken reduzieren, die bereits im Finanzplan enthalten sind. Hier sollte man sich auch die Konsequenz einmal überlegen. Denn man gefährdet die Arbeitsplätze der Bauarbeiter. In unserem Land haben die Bauarbeiter das gleiche Recht, von unserem Parlament Arbeitsplätze gesichert zu erhalten wie die Professoren und Assistenten.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie, auf die Vorlage nicht einzutreten.

Mme Jaggi: En décembre dernier, la majorité bourgeoise de ce Parlement a voulu amputer le budget de l'année en cours d'un montant global de 150 millions, tout en se gardant bien de préciser sur quels postes les réductions devaient être opérées; j'oli devoir de vacances pour le Conseil fédéral! Ce dernier s'en est tiré non sans habileté, en faisant des propositions qui étaient à la fois les seules possibles, et tout à fait impossibles à réaliser. Les seules possibles parce que – comme on l'a rappelé – le temps imparti pour cette opération et le volume des réductions demandées exigeaient des coupures non pas sur le détail des dépenses courantes mais sur des postes plus importants, concernant les investissements. Impossibles à réaliser, car ces réductions vont à l'encontre de la conjoncture économique actuelle, les orateurs qui se sont succédé à cette tribune n'ont pas manqué de le constater. Du même coup, ces propositions nous acheminaient vers la situation actuelle, à savoir un cumul des oppositions et de très nombreuses propositions de non-entrée en matière.

Je voudrais m'adresser ici plus spécialement à certains parmi les très nombreux représentants de l'agriculture qui siègent dans ce conseil. Selon eux, il faut entrer en matière et, grâce à la proposition présentée par M. Nussbaumer, l'essentiel du budget agricole, sur lequel des réductions en fonction de cette fameuse symétrie des sacrifices devaient

être opérées, pourra être sauvé. C'est un calcul qui, au moins, a l'honnêteté d'être apparent et de révéler l'espoir que d'autres gardent secret. On veut des économies, on les réclame avec insistance mais, en général, on espère discrètement qu'elles seront réalisées sur le dos des autres! Tout à l'heure, M. Rüttimann, dans son intervention, l'a clairement déclaré; oui à la coupure de 150 millions, mais non à la réduction de 17 millions (sur les 25 millions au total que l'agriculture devrait consentir dans cette opération). C'est là, me semble-t-il, un calcul audacieux, dangereux même et qui pourrait bien se retourner contre ceux qui préconisent l'entrée en matière, avec l'espoir d'une destruction partielle ensuite du paquet.

Je vous invite à refuser l'entrée en matière sur cette réduction de 150 millions, comme le demande la minorité de la commission.

M. Riesen-Fribourg: En décembre dernier, les deux Chambres prenaient, dans un enthousiasme que je qualifierais de «bourgeoisement confortable», une décision héroïque et publicitaire mais dont nous mettions immédiatement en doute la portée réelle. En fait, la majorité des Chambres n'a pas eu le courage de ses vues financières. Le déficit qui restait au budget de 1984, après les délibérations des Commissions des finances et les premières discussions en plenum, provoquait un sentiment d'insatisfaction largement répandu. Ainsi, il s'est trouvé une majorité pour exiger 150 millions d'économies supplémentaires. Pourquoi 150 et non 125 ou 175? On s'était arrêté sur ce chiffre de 150, il était inspiré par je ne sais qui. Toutefois, la majorité d'alors n'a pu nous indiquer où devaient être pris ces 150 millions. Elle a chargé le Conseil fédéral de procéder lui-même aux compressions supplémentaires. De la sorte, on s'engageait en pleine confusion des pouvoirs. Le Conseil fédéral avait rempli son mandat constitutionnel en présentant un budget, les Chambres avaient alors aussi joué leur rôle en amendant le budget qui était présenté par le gouvernement. Normalement, l'exercice aurait dû s'arrêter là, c'est-à-dire au moment où les pouvoirs exécutif et législatif avaient rempli leurs rôles respectifs. Le pas suivant créa non seulement une confusion dans les attributions du Conseil fédéral et dans celles des Chambres, il a cependant eu le mérite de démontrer clairement les limites de nos exercices et de nos possibilités d'économies. Nous entrons ainsi en contradiction avec la politique de relance économique et de maintien de l'emploi. Une part essentielle des pseudo-économies qui sont maintenant proposées consiste à supprimer ou à reporter des investissements de la Confédération, et cela au moment où l'on dénombre toujours près de trente-cinq mille chômeurs complets en Suisse. Pour lutter contre ce chômage, chaque million injecté dans le circuit économique compte. Vu sous cet angle, l'argumentation de M. Bremi, selon laquelle l'ensemble des 150 millions ne jouerait aucun rôle économique, apparaît comme téméraire et erronée, à l'instar de l'argumentation de M. Lüchinger qui affirme que l'industrie de la construction se porte bien. Certes, cela est vrai pour le «triangle d'or», mais en ce qui concerne le programme d'économies, on s'aperçoit qu'il comporte une réduction de budget pour la transformation de la caserne de Colombier, dans un canton où l'industrie de la construction est à bout de souffle et où ces travaux seraient éminemment utiles!

Le programme d'économies qui nous est proposé ne mérite pas son nom. Ce n'est pas «un programme d'économies» c'est simplement un programme de reports de certaines dépenses. Ces derniers, en plus des difficultés économiques immédiates qu'ils provoquent, en préparent encore d'autres, plus redoutables, pour les prochaines années. En effet, les investissements que nous ne ferons pas en 1984 nous coûteront 20 à 30 pour cent plus cher, au moment où nous serons obligés de les faire. Le ton désabusé du rapport et de la justification des propositions du Conseil fédéral devraient nous ouvrir les yeux. Le gouvernement lui-même ne croit pas à l'utilité de l'exercice, il a simplement exécuté un mandat d'économies qui lui avait été confié par les Cham-

bres. Celui-ci était le fruit d'une improvisation, bien intentionnée peut-être, mais d'une improvisation quand même! Il n'y a pas de déshonneur à reconnaître une erreur d'appréciation.

En revanche, ce serait faire preuve d'inconscience que de persévérer dans une voie que nous sommes tous contraints de reconnaître comme mauvaise. C'est la raison pour laquelle je voterai contre l'entrée en matière et que je vous recommande chaleureusement de me suivre.

Weber Leo: Nach dieser Diskussion kann man füglich sagen, dass es nicht um die 150 Millionen, sondern einzig und allein um die finanzpolitische Linie geht. Es geht nicht um die 150 Millionen, weil sie mit einem guten halben Prozent unserer Ausgaben im Schwankungsbereich der jährlichen Budgets liegen. Dieser Schwankungsbereich beträgt 2 bis 4 Prozent. Es erübrigt sich deshalb im Grunde genommen eine Diskussion, ob der Bundesrat die richtigen Kürzungen vorgenommen hat. Ich kann hier immerhin nicht verhehlen, dass der Bundesrat meines Erachtens einen schlaun Antrag gestellt hat. Er hat dort eingespart, wo das Parlament besonders empfindlich ist, nämlich bei den Investitionen. Ich hoffe nur, dass das Parlament auf diese Taktik nicht hereinfällt.

Es geht andererseits ganz klar um das Konzept, um die Strategie, um unsere finanzpolitische Linie. In den letzten vier Jahren haben wir versucht, die hohen Defizite systematisch abzubauen; wir sind immerhin dazu gelangt, das Gesamtdefizit in den letzten Jahren gegenüber der früheren Legislaturperiode zu halbieren. Das ist nicht alles, aber das ist ein Erfolg. Es geht jetzt darum, einen Rückfall in die alten Zeiten zu verhindern. Diese Gefahr war signalisiert mit den Finanzperspektiven des Bundesrates, der für die nächsten vier Jahre regelmässig wieder Defizite von über 1 Milliarde vorgesehen hat. Diese Gefahr war konkretisiert worden durch das Budget 1984, das ebenfalls ein Defizit von über 1 Milliarde vorsah. Im Gespräch mit dem Bundesrat und im Gespräch mit den Finanzkommissionen haben wir uns dann festgelegt auf ein tragbares Defizit von ungefähr einer halben Milliarde. Was hier vorliegt, ist nun einfach die Konsequenz aus diesem grundsätzlichen Beschluss.

Die Beschlüsse vom Dezember müssen durchgezogen werden. Es ist nichts, aber auch gar nichts eingetreten, was ein Abrücken von diesen Beschlüssen nahelegen würde. Im Gegenteil, viele von uns haben ein Wahlversprechen einzuhalten. Wir alle haben dafür zu sorgen, dass die finanzpolitischen Ziele des Bundesrates – nämlich die Erreichung des Gleiches des Haushaltes in der laufenden Legislaturperiode – eingehalten werden kann. Damit das geschieht, müssen die Pflöcke jetzt, am Anfang der Legislaturperiode, eingeschlagen werden. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass man meistens im ersten Jahr der Legislaturperiode die Sache etwas schleifen liess, um dann nachher wieder zurückstecken und korrigieren zu müssen. Das sollte dieses Mal nicht geschehen.

Ich möchte Sie höflich bitten, wegen eines kleinen Linsenmuses nicht vom eingeschlagenen Wege abzuweichen. Ich bitte Sie, auf die Vorlage einzutreten und sie zum Beschluss zu erheben.

Schwarz, Berichterstatter: Ich habe an sich mit Vergnügen festgestellt, dass aus den meisten Voten ein unbedingter Sparwille erkennbar wurde, mindestens aus dem ersten Satz. In einem zweiten Satz hat man sich dann sehr oft noch dazu bekannt, dass man den Bundesfinanzhaushalt bis zum Ende dieser Legislaturperiode ausgleichen muss. Leider hat man dann nachfolgend sehr oft Ausnahmen festgehalten. Man hat damit begonnen, zu relativieren. Wenn man alle diese Ausnahmen aufaddiert, dann werden wir auch in 20 Jahren noch keinen Haushaltsausgleich haben. Wenn wir diesen Haushaltsausgleich erzielen wollen, müssen wir eine Konsequenz, eine beharrliche Sparpolitik betreiben, und diese Konsequenz habe ich doch in vielen Voten vermisst. Ich möchte mir nun gestatten, kritisch auf einige Voten

einzutreten. Das ist nicht persönlich gemeint, sondern geschieht der Sache zuliebe. Als Präsident Ihrer Finanzkommission fühle ich mich verpflichtet, diesen Haushaltsausgleich zu erzielen und alle möglichen Anstrengungen vorzunehmen, um diesem Ziel zum Durchbruch zu verhelfen. Ich möchte Sie bitten, meine kritischen Äusserungen in diesem Sinne zu verstehen.

Herr Meizoz beklagt sich, wie viele andere auch, dass fast ausschliesslich im Investitionsbereich gespart werden soll. An sich steht es dem Bundesrat ja frei, nun in den folgenden Jahren eine entsprechende Kompensation im Konsumbereich vorzunehmen. Ich bin sehr gespannt, ob Herr Meizoz stramm mitmachen wird, wenn im Konsumbereich entsprechend gespart wird.

Herr Bonnard will ebenfalls nicht bei den Investitionen sparen. Er will auch an anderen Orten nicht sparen, ja er will sogar an anderen Orten – wie er das gestern bewiesen hat – noch mehr investieren, nämlich in die Forschung. Er beruhigt sein finanzpolitisches Gewissen mit dem Hinweis, dass man das im Finanzplan alles wieder ausbügeln könne. Ich glaube, das ist doch ein Missverständnis in der Auffassung der Bedeutung des Finanzplanes. Der Finanzplan ist ein Führungsinstrument. Er gibt uns wertvolle Hinweise, wie die finanzpolitische Entwicklung verlaufen wird, wenn man von gewissen Voraussetzungen ausgeht. Er ist aber nicht verbindlich. Der Finanzplan muss uns dazu motivieren, in den Budgets konkret, nämlich in Franken und Rappen, zu sparen. Diese Konkretisierung ist beim Finanzplan nicht möglich. Wir können gewisse Sparbewegungen einschalten, vor allem auch im gesetzlichen Bereich; das dauert aber sehr lange. Sparen müssen wir konkret bei den entsprechenden Budgets, die auf den unverbindlichen Finanzplan abgestützt werden müssen.

Heute haben wir die letzte Gelegenheit, im Rahmen eines solchen Budgets, des Budgets 1984, eine gewisse Konsequente Sparhaltung zum Ausdruck zu bringen. Ich möchte Herrn Bonnard doch einladen, von dieser letzten Gelegenheit Gebrauch zu machen.

Herr Herzog spricht von einem «Spartrauerspiel». Ich gebe ihm recht. Das Sparen ist nicht ein Vergnügen. Ich habe nie die Auffassung vertreten, wie das etwa andere gemacht haben, man werfe hier im Bundeshaus das Geld zum Fenster hinaus. Ich habe überhaupt noch nie eine Ausgabe festgestellt, wo man nicht in guten Treuen sagen könnte: Das ist an sich eine vernünftige Aufgabe, aber wir müssen, wenn wir unser Ziel des Haushaltsausgleiches erreichen wollen, auch Aufgaben, die an sich berechtigt wären, reduzieren. Herr Herzog ist insofern konsequent, als er uns sagt, wie er dieses Sparziel erreichen will. Er will auf die Rüstungsausgaben verzichten, er will den Leopard nicht anschaffen. Damit wird er hoffentlich keinen Erfolg haben in diesem Gremium.

Herr Bühler beanstandet die Kürzung bei der Landwirtschaft. Ich habe dafür ein gewisses Verständnis. Er ist immerhin bereits von anderen Votanten darauf aufmerksam gemacht worden, dass wir gerade in diesen Bereichen eine ausserordentlich starke Erhöhung gegenüber dem Budget 1983 verzeichnen, nämlich im Bereich der Bodenverbesserungen: Trotz der Sparübung bleibt eine Steigerung von 13 Prozent, und bei den Investitionskrediten sind es auch unter Berücksichtigung dieser Streichungen immer noch plus 58 Prozent. Ich glaube, das ist noch verantwortbar, wenn man diesen Bereich so behandelt. Der Bundesrat hat es ja in den Händen, später im Konsumbereich zu kompensieren. Wir haben hier auch eine verhängnisvolle Kettenreaktion feststellen können. Verschiedene Vertreter der Landwirtschaft haben gesagt: Wenn wir gestern bei den Forschungskrediten derart aufgestockt haben – weit über den Finanzplan hinaus –, dann kann man uns doch heute nicht zumuten, nun Abstriche zu machen. Auch dafür habe ich ein gewisses Verständnis. Die Kollegen, die sich da so stark gemacht haben für die Aufstockung der Forschungskredite in diesem Ausmass, tragen eine gewisse Verantwortung für diese Kettenreaktion. Wir haben es auch beim Baugewerbe festgestellt. Herr Egli hat mit einer gewissen Logik erwähnt: Nun

soll man die Bauarbeiter strafen, weil man gestern derart über den Finanzplan hinaus aufgestockt hat.

Herr Schnider-Luzern hat von einem Zickzackkurs gesprochen. Auch in der ständerätlichen Debatte hat man diesen Zickzackkurs erwähnt. Man wollte damit zum Ausdruck bringen, dass man Anfang 1983 dem Beschäftigungsprogramm zugestimmt hat und jetzt bereits Abstriche im Investitionssektor mache. Ich muss Sie darauf aufmerksam machen, dass die antizyklische Konjunkturpolitik an sich ein Zickzackkurs ist, ganz bewusst. Bei einem Konjunkturabschwung wird bei den Investitionen angehoben und bei einem Konjunkturanstieg kompensiert. Das Parlament hat damals bei der Behandlung dieses Beschäftigungsprogramms ausdrücklich dem Bundesrat den Auftrag gegeben, zu kompensieren. Diese Kompensationen sind ab 1986 mit 190 Millionen pro Jahr im Finanzplan enthalten. Wenn wir jetzt die konjunkturelle Entwicklung etwas günstiger beurteilen, was im Grunde genommen hier nicht bestritten worden ist, bedeutet das nichts anderes, als dass man diese Kompensation etwas vorzieht. Es ist also etwas ganz Normales und hat mit Zickzackkurs im falsch verstandenen Sinne nach meiner Überzeugung nichts zu tun.

Herr Bircher spricht von sinnvollen Kürzungen. Ich möchte ihn auffordern, uns einmal ein solch sinnvolles Kürzungsprogramm vorzulegen; er wird dann hören, wie viele von Unsinn sprechen werden, wie das Herr Keller getan hat; er hat von willkürlichen Kürzungen gesprochen. Herr Keller ist Mitglied der Finanzkommission; er hat die Möglichkeit, uns ein Programm vorzulegen, von dem alle im Saal sagen werden: Das ist nun wirklich keine Willkür mehr, das ist ein vernünftiges Kürzungsprogramm. Das ist doch das Problem. Wir müssen alle unsere Vorstellungen etwas zurücksetzen, wenn wir das Ziel erreichen wollen.

Herr Eggli macht schliesslich zu Recht auf die Arbeitslosenquoten aufmerksam; das ist ein ernstzunehmendes Problem. Aber ich glaube nicht, dass wir mit diesem Kürzungsprogramm, das doch mehr konjunkturpolitischen Charakter hat, Strukturpolitik betreiben. Es werden weitere Vorlagen kommen, die in diese gezielte Richtung gehen, dass man dort hilft, wo es notwendig ist. Der Ständerat hat gestern ein Programm verabschiedet, das ausgesprochen strukturpolitischen Gehalt hat.

Aus all diesen Überlegungen möchte ich Ihnen im Namen der Mehrheit der Finanzkommission empfehlen, auf diese 150 Millionen Franken Kürzung einzutreten; es sind 0,8 Prozent der gesamten Ausgaben und nicht mehr.

M. Zbinden, rapporteur: Il en va du droit du Parlement de fixer le budget, il en va de la responsabilité du Parlement de limiter l'endettement de l'Etat. Il semble parfois qu'on veuille abandonner totalement cette prérogative au gouvernement. Nous avons exprimé, au mois de décembre, la volonté de limiter le déficit à un demi-milliard. Les propositions y relatives étaient admises, le Conseil fédéral était chargé d'élaborer dans le détail les projets de réduction du budget; cette répartition des tâches entre le gouvernement et le Parlement est équitable. C'est le Parlement qui fixe les limites et le gouvernement qui propose les postes sur lesquels doivent porter les réductions. Il l'a fait et j'ai l'impression qu'il a spéculé sur le refus du Parlement, en effet la coalition des adversaires permettra de rejeter le projet.

Presque tous les représentants des partis qui ont pris la parole ont admis la nécessité d'assainir les finances fédérales. Belles paroles! C'est toujours la même chose, quand il faut appliquer concrètement une politique de ce genre, les difficultés surgissent et on n'a pas le courage de dire oui. Les libéraux ont dit «non» en déclarant très justement qu'il faudrait mieux frapper les dépenses courantes. Au parti libéral qui préconise généralement une politique très responsable à l'égard de l'Etat, je dois dire qu'il aurait dû proposer de renvoyer le texte au Conseil fédéral en lui demandant d'élaborer un nouveau projet, d'ici au mois de juin, avec des économies dans les dépenses courantes. Nous ne l'avons pas fait, j'estime que nous avons aujourd'hui une seule alternative, oui ou non au projet du

Conseil fédéral. Si nous disons «non» nous avons manqué une occasion de démontrer au Conseil fédéral que le Parlement veut effectivement faire des économies.

Aux agriculteurs, je dirai que je comprends leur hésitation. Permettez-moi de rappeler qu'il est prévu pour l'année courante une augmentation de 43 millions, c'est-à-dire de 9 pour cent, dans les investissements par rapport au budget 1983; c'est une augmentation plus considérable que dans d'autres domaines. Pour les contributions aux frais des détenteurs de bétail dans les régions de montagne, les aides légales par tête de bétail restent acquises. L'agriculture de montagne n'aura pas à souffrir puisque les contributions lui sont assurées par la loi.

En ce qui concerne les améliorations foncières, je constate qu'il y a une augmentation de 13 pour cent par rapport à l'année précédente. Pour les crédits d'investissement, l'augmentation est de 58 pour cent; il ne faut pas dire qu'on veut massacrer l'agriculture avec ce projet d'économies.

Il est permis de comparer ces chiffres avec les crédits à la recherche et à la science que l'on a votés hier. A ce sujet rien n'est définitif. Permettez-moi de vous rendre attentifs au fait qu'il y a actuellement à ce sujet une divergence entre le Conseil des Etats et notre conseil. Si les deux Chambres font preuve de sagesse, à mon avis, c'est le «non» qui va l'emporter finalement. Pour la proposition portant sur les 150 millions que nous votons ce matin, si nous disons «non» le vote est définitif.

En conclusion, je vous communiquerai deux réflexions. Il est plus facile de satisfaire aux désirs illimités de ses électeurs que d'assumer la responsabilité des finances fédérales. S'il est aisé de pratiquer une politique de complaisance, je pense qu'une telle politique ne paie pas à long terme. Il est d'autre part moins agréable de prêcher des économies, et surtout d'exercer une responsabilité au sein de la Commission des finances – je le constate depuis que je siège dans cette commission. J'ai parfois l'impression que, sous cette coupole, une partie du Parlement s'occupe des recettes, va prêcher pour convaincre le peuple de nous accorder des recettes, et que l'autre partie décide des dépenses.

Je vous invite donc à trancher: oui ou non à une politique d'endettement, oui ou non aux finances déficitaires. Je fais appel à votre sens des responsabilités, je vous demande de faire acte de courage politique au début de cette législature. C'est dans ce sens que je vous propose l'entrée en matière.

Bundesrat Stich: Zwiespältig, willkürlich, grobschlächtig – so lautet Ihre Beurteilung dieses Berichtes. Ich habe dafür einiges Verständnis. Ich selber habe gestern auch einen sehr zwiespältigen Eindruck erhalten, als ich hier vor der Türe wartete und gesehen habe, wie Sie zusätzlichen 110 Millionen Franken zugestimmt haben, während wir gleichzeitig auf Ihren Wunsch ein Programm mit Kürzungen von 150 Millionen Franken unterbreiten müssen. Das war auch die Ausgangslage für den Bundesrat, als er dieses Programm Anfang Januar konzipierte. Sie haben im Dezember diese zusätzlichen 110 Millionen Franken beschlossen und gleichzeitig den Auftrag gegeben, um 150 Millionen zu kürzen.

Der Bundesrat hat diesen Auftrag trotzdem ernst genommen. Er hat gründlich geprüft, wo gekürzt werden könnte. Man muss sich aber ganz im klaren sein: wenn man Gesetzesänderungen vornehmen will, bedeutet das, dass Sie in dieser Session die Kommission bestellen könnten. In der nächsten Session könnte der Prioritätsrat das Geschäft behandeln, in der Herbstsession der Zweitrat, und wenn dann keine Differenzen bestehen, läuft die Referendumsfrist Ende des Jahres ab. Sie können das Budget mit Gesetzesänderungen im laufenden Jahr ganz sicher nicht mehr beeinflussen. Darüber müssen Sie sich völlig im klaren sein.

Man hat vom Bundesrat jetzt einen Sammelantrag erwartet. Ich kann Ihnen sagen: diesen Antrag erhalten Sie, und zwar insbesondere das Anschlussprogramm. Dort werden Sie dann die Möglichkeit haben zu sagen, was willkürlich ist und was nicht, wo Sie 10 Prozent kürzen wollen und wo Sie

überhaupt auf Subventionen verzichten wollen. Das ist dann der Anlass, wo Sie wirklich sagen können, wie die Prioritäten gesetzt werden sollen. Aber ich glaube nicht, dass es wichtig ist, das beim Budget zu tun.

Von diesem Gesichtspunkt aus ist es für mich ganz selbstverständlich – und für den Bundesrat übrigens auch –, dass wir in diesem Bericht keine Vorschläge unterbreiten würden und sollten, die einerseits im Anschlussprogramm oder andererseits im Aufgabenteilungsprogramm I oder II enthalten sind. Da sind uns im Moment eben auch die Hände gebunden, und es wäre nicht sinnvoll, dauernd aus den einzelnen Programmen wieder einzelne Stücke herauszureissen, um die Sache noch komplizierter zu machen, als sie es schon ist.

So gesehen hat man also gar keine grosse Flexibilität, andere Dinge vorzuschlagen, als wir es tatsächlich gemacht haben. Man kann sagen, wir hätten vorwiegend im Investitionsbereich gespart. Das ist zweifellos richtig, sofern das Wort «sparen» richtig ist. Wir haben zweifellos gekürzt auch bei Beiträgen. Wenn Sie davon ausgehen, dass der Bundesrat das Budget einigermaßen seriös gemacht hat, dann müssen Sie sich auch bewusst sein, dass mit solchen Kürzungen nun nicht einfach auf diese Aufgaben verzichtet werden kann, sondern dass sie im wesentlichen hinausgeschoben werden. Man kann sagen, damit wird natürlich auch etwas gespart; denn in den nächsten Jahren müssen wir diese 150 Millionen nicht als zusätzliche Schulden verzinsen. Gerade wenn es um Investitionen geht, muss man sich auch bewusst sein, dass keine Folgekosten entstehen im nächsten Jahr. Das ist die effektive Einsparung. Aber diese effektive Einsparung hat auch andere Konsequenzen. Beispielsweise haben wir bei den Baudenkmalern eine Million gekürzt, obwohl wir genau wissen, dass schon ein heute eingereichtes Subventionsgesuch keine Chance hat, vor 1989 berücksichtigt zu werden. Hier sehen Sie dann die Grenzen solcher Kürzungsübungen. Letztlich wird dann der Bundesrat etwas ungläubig, wenn er Subventionen zusichern kann und muss nach Gesetz, er sie aber erst einige Jahre später bezahlen kann, so dass die Betroffenen dann diese Kredite in dieser Zeit noch zu verzinsen haben. Man hat auch gesagt, es sei willkürlich, wie wir das gemacht hätten. Das ist richtig, leider kann man es gar nicht anders machen. Ich hätte sehr gerne gespart bei anderen Dingen. Aber wenn ich an das eigene Departement denke, bei den steigenden Zinsaufwendungen kann ich beim besten Willen nichts einsparen. Ich kann auch nichts einsparen bei zusätzlichen Aufwendungen, die ebenfalls jedes Jahr automatisch steigen mit steigenden Einnahmen, das sind nämlich die Kantonsanteile. Die steigen auch automatisch. Da kann ich also auch nichts kürzen. Deshalb ist man dann gezwungen, auf relativ wenige Positionen zu greifen und dort Kürzungen durchzuführen.

Man kann sagen, 150 Millionen liegen natürlich im Streubereich, bezogen auf das gesamte Budget. Aber der Streubereich gilt natürlich nicht mehr für eine einzelne gekürzte Position, also sagen wir einmal bei den Denkmälern. Dort ist es dann ganz einfach eine effektive Kürzung im Moment, aber eine Verschiebung in die Zukunft.

Man hat gelegentlich gesagt, diese Übung sei nun ein Test für den Sparwillen in der Zukunft. Ich kann Ihnen versichern, soweit es auf den Bundesrat ankommt: Wir wollen den Finanzplan einhalten, wir wollen den Finanzhaushalt ausgleichen. Das ist eine klare Zielsetzung, eine Zielsetzung ganz unbekümmert darum, was Sie heute entscheiden. Denn letztlich müssen wir dazu kommen, im Bund etwas mehr Flexibilität und Handlungsspielraum zu bekommen. Ich wäre sehr, sehr froh für den Bundesrat, aber auch für Sie und vor allem für die Kantone und andere Subventionsempfänger, wenn sie sich in der Zukunft darauf verlassen könnten, dass der Bund auch bei Zahlungen sein Wort einhalten kann. Und deshalb bin ich Ihnen dankbar, wenn Sie in der Zukunft dem Bundesrat keine Aufträge mehr erteilen, die nachher wohl oder übel Qualifikationen bekommen wie zwiespältig, willkürlich und grobschlächtig.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit (Eintreten)	76 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit (Zustimmung zum Beschluss des Ständerates)	98 Stimmen

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Ziff. I, II

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule, ch. I, II

Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Anträge Nussbaumer (fallen dahin)

EVD BLW	Fr.
707.433.33 Kostenbeiträge an Viehhalter im Berggebiet	175 000 000
707.433.40 Bodenverbesserungen und landwirtschaftliche Hochbauten	119 400 000
707.603.03 Investitionskredite an die Landwirtschaft	30 000 000

Propositions Nussbaumer (sont caduques)

DFEP OFAG	Fr.
707.433.33 Contributions aux frais des détenteurs de bétail dans les régions de montagne	175 000 000
707.433.40 Améliorations foncières et constructions rurales	119 400 000
707.603.03 Crédits d'investissement à l'agriculture	30 000 000

Antrag Oester (fällt dahin)

EDI BFF	Fr.
315.443.08 Natur- und Heimatschutz	7 398 000

Proposition Oester (est caduque)

DFI OFF	Fr.
315.443.08 Protection de la nature et du paysage	7 398 000

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Beschlusentwurfes	92 Stimmen
Dagegen	59 Stimmen

An den Bundesrat – Au Conseil fédéral

Voranschlag der Eidgenossenschaft 1984 (150 Millionen)

Budget de la Confédération 1984 (150 millions)

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1984
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	07
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	83.052
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	14.03.1984 - 08:00
Date	
Data	
Seite	163-172
Page	
Pagina	
Ref. No	20 012 233

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.